

Einsatz in Afghanistan

Stinner (FDP) fordert für Soldaten mehr Befugnisse

Von Patricia Schmitz

Neubiberg ■ Deutsche Truppen sollen in den Süden Afghanistans – so lautet die Forderung der Nato-Verbündeten. Seit Monaten wird im Bundestag über das Thema debattiert. „Solange wir nicht bereit sind, unseren Soldaten mehr Befugnisse einzuräumen, können wir einen solcher Einsatz nicht verantworten,“ sagte FDP-Verteidigungsexperte Rainer Stinner dazu bei einer gut besuchten Veranstaltung in der Universität der Bundeswehr in Neubiberg. Etwa 200 Studenten waren zu Vortrag und Diskussion gekommen.

Nach Ansicht des Bundestagsabgeordneten, der Mitglied im Verteidigungsausschuss ist, gehen die Verhaltensregeln für die Bundeswehr in Afghanistan „an der Einsatzwirklichkeit vorbei“. Seine Begründung: „Mit der sogenannten Taschenkarte für Soldaten sind die Vorgaben für die Anwendung militärischer Gewalt so eingeschränkt, dass jeder Berliner Polizist mehr Handlungsfreiheit hat als ein Soldat in Afghanistan.“ So bestehe eine für Soldaten gefährliche Grauzone bei der Bekämpfung bewaffneter Aufständischer. Während ein Polizist in Deutschland einen flüchtenden Verbrecher notfalls mit einem Schuss ins Bein stoppen dürfe, sei das einem deutschen Soldaten in Afghanistan untersagt. Derartige Auflagen sind nach Stinner Einschätzung für mittlerweile friedliche Einsatz-

gebiete wie den Kosovo angebracht – nicht jedoch für Afghanistan.

Organisiert wurde der Vortrag des FDP-Politikers von der katholischen Hochschulgemeinde der Universität, im Rahmen ihrer Reihe „Gespräche mit Politikern“. Im Abstand von sechs Monaten werden bayerische Politiker aus Berlin zu Vortragsabenden eingeladen. Sinn der Veranstaltungen sei es, Studenten die Möglichkeit zu geben, politische Entscheidungsprozesse zu verstehen, sagt der katholische Militärdekan Anton Tischinger. „Die Verflechtungen zwischen Politik und Militär sind eng und ein ständiger Austausch daher für uns sehr wichtig“, urteilt er.

In der Diskussion nahmen die möglichen Folgen gravierender Handlungsbeschränkungen für Soldaten breiten Raum ein. Speziell mit der Übernahme der schnellen Eingreiftruppe Quick Reaction Force (QRF) ab dem 1. Juli, die im Ernstfall andere Einheiten der internationalen Schutztruppe ISAF unterstützen soll, seien diese Beschränkungen unverantwortbar, sagte Stinner. Deutsche Soldaten könnten im Norden in Kämpfe verwickelt werden. Im Verteidigungsausschuss, der nichtöffentlich tagt, seien auch Kollegen aus anderen Fraktionen seiner Meinung. Das Verteidigungsministerium lehne eine Verhandlung über die Erweiterung der Befugnisse aber bislang ab.